
Der Kapitalismus vor einem Aufschwung?

Über Theorien der „langen Welle“ und der „Stadien“

Elmar Altvater

1. Die Problemstellung

Ende der 50er Jahre findet in der DDR eine internationale wirtschaftswissenschaftliche Konferenz statt, auf der – wieder einmal – dem Kapitalismus aufgrund „objektiver Analyse“ bescheinigt wird, als Gesellschaftssystem längst überholt zu sein. Nur der Sozialismus – so der sowjetische Wissenschaftler Kirsanow in einem Hauptbeitrag zur Konferenz – sei in der Lage, „eine krisenlose Entwicklung der Wirtschaft zu gewährleisten und Bedingungen für eine wahre und unaufhaltsame Erhöhung des Wohlstandes des Volkes zu schaffen“. Diese Hoffnung, ja diese Gewißheit, wird damals wohl von der Mehrzahl marxistischer Wissenschaftler geteilt; und damit erübrigen sich die zweifelnden Fragen nach den Triebkräften der Expansion, die in Westdeutschland, etwas später in Italien und Japan, als „Wirtschaftswunder“ verklärt wird. Die Fragen hätten möglicherweise zutage gefördert, daß die Dynamik der Prosperität in den kapitalistischen Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg auch am Ende der 50er und am Anfang der 60er Jahre noch keineswegs gebrochen ist und damit die politischen Hoffnungen in den notwendigen Abstieg des Kapitalismus und den Sieg des Sozialismus im Wettbewerb der Systeme eitle Illusionen sind.

Bevor dann Ende der 60er Jahre auch die Theoretiker des staatsmonopolistischen Kapitalismus ihre Konsequenzen aus der unerwarteten Stabilität des labilen Kapitalismus ziehen, stellt Theodor Prager in seinem damals vielgelesenen Buch „Wirtschaftswunder oder keines?“ 1963 die Frage nach den Triebkräften der Expansion des Kapitalismus der Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Kapitalismus habe sich gewandelt, die „Oligarchien“ haben auf die neuen Herausforderungen eine im ganzen erfolgreiche „Flucht nach vorn“ angetreten. Zwar

herrsche in den USA bereits eine Tendenz der Stagnation vor (die dann ab 1964 bis zum Ende des Jahrzehnts durch den „Vietnam-Boom“ überdeckt wurde), doch in Europa überwiegen noch die dynamischen Kräfte, die „sich aber in einer späteren Phase auf einer höheren Entwicklungsstufe der Produktivkräfte um so stärker als wachstumshemmend erweisen (können)“. (Prager 1963, S. 154). Diese Aussage ist sicherlich nicht als eine Prognose der Krise der 70er Jahre zu verstehen, wohl aber als eine klarsichtige Tendenzaussage über die auf dem Höhepunkt der „Wirtschaftswunder“ von den meisten Ökonomen hinwegdiskutierten Probleme, deren offenes Zutagetreten seit Mitte der 60er Jahre (Rezessionen in Italien und in der Bundesrepublik) nur überrascht zur Kenntnis genommen wurden.

Zwanzig Jahre später, zu Beginn der 80er Jahre, gibt uns die ökonomische Situation nicht mehr die Frage nach den Triebkräften der Expansion auf. Es geht um die *Dynamik der Krise*, der langandauernden Depression und darum, ob und unter welchen Bedingungen ein erneuter Aufschwung in den 80er Jahren möglich ist. Daß der Kapitalismus nicht einfach zusammenbrechen wird, daß er vielmehr *politische Reserven* auch in der Krise zur Stabilisierung seines Herrschaftsgefüges mobilisieren kann, ist eine Erfahrung aller großen Krisen in der Geschichte des Kapitalismus. Welches aber sind die Auswege aus der Krise und Depression und wohin führen sie? Eröffnet sich die Perspektive einer neuen Phase kapitalistischer Entwicklung? Wird die „lange Welle“ mit stagnativem Grundton durch eine erneute „lange Welle“ mit expansivem Grundton abgelöst? Diesen Fragen möchte ich in dem folgenden Beitrag nachgehen und dabei das Problem der Grenzen des Wachstums auf dem Hintergrund von Theorien über die „langen Wellen“ des wirtschaftlichen Wachstums bzw. über Stadien kapitalistischer Entwicklung reflektieren.

2. Die Krise des europäischen Rationalismus

Nach der Wachstums- und Technikeuphorie der 50er und 60er Jahre (ganz zu schweigen von der „Rationalisierungskultur“ der 20er Jahre) herrscht seit Mitte der 70er Jahre eher ein Gefühl der Skepsis vor. Die Hoffnungen, daß durch die umfassende Automation der Produktion die Entfremdung der Arbeit (im Sinne der Blaunerschen U-Kurve) reduziert und Selbstbestimmung und Zufriedenheit mit der Arbeit erhöht werden könnten, haben sich als trügerisch herausgestellt. Die mit der entwickelten Technologie möglich scheinende beinahe vollständige Beherrschbarkeit und Regulierbarkeit der Welt gibt immer weniger Anlaß zu Triumph und verbreitet statt dessen Ängste, daß nicht die Menschen die Technik, sondern die Technik die Menschen beherrscht, sogar – wie der Besen dem Zauberlehrling – außer Kontrolle geraten und die Menschheit vernichten könnte. E. P. Thompson (1981) hat mit dem Begriff „Exterminismus“ diese Perspektive einer Weltgesellschaft aufzuzeigen versucht, deren Blöcke ihre ökonomische und militärische

Macht aus der jeweils komparativen „Fortschrittlichkeit“ ihrer Technologien beziehen und sich damit dem (an den Überlebensinteressen der Menschheit gemessen) Irrationalismus einer nicht kontrollierbaren Logik aussetzen.

Gleichzeitig mit der Enttäuschung der in die Technik gesetzten Hoffnungen zeigen sich die negativen Seiten einer Technologie, die massiv eingesetzt wird, um Arbeitsplätze zu vernichten, Qualifikationsprofile zu senken, um damit Lohnkosten einzusparen, die Kompetenz des einzelnen über den Arbeits- und Lebensbereich zu reduzieren und die Kontrollmöglichkeiten seitens einer Zentrale entsprechend zu erhöhen. In vielen der entwickelten kapitalistischen Länder sind auf diesem Hintergrund „neue soziale Bewegungen“ entstanden, die sich nicht mehr der vorgegebenen Rationalität von Entwicklung, Wachstum, Fortschritt unterwerfen, sondern neue qualitative Kriterien der Sinnerfüllung des Lebens aufstellen.

Damit ist mehr in Frage gestellt als die Ergänzung oder der Austausch von Maßstäben, an denen Wachstum, Entwicklung oder Fortschritt vergleichend bewertet werden. Denn die *Quantifizierung* ist tiefsitzendes Resultat der *Formen bürgerlicher Vergesellschaftung*, die grundlegende Voraussetzung für kapitalistische Rationalitäts- und Rentabilitätskalküle, für den „Geist des Kapitalismus“ (Max Weber), die marktvermittelte Leistungsgesellschaft (Polanyi 1977, S. 129 ff.), die sich der Technik in ganz bestimmter, nämlich *instrumenteller* Weise bedient. In den Formen der gesellschaftlichen Reproduktion – dem Lohn, dem Preis, dem Profit, dem Geld und der Marktvermittlung dieser Kategorien – ist nichts als Quantifizierung zum höheren Zweck von Maximierung bzw. Optimierung möglich. Qualität des Lebens und Höhe des Lebensstandards werden abhängig von einer bestimmten Geldquantität. Auf dem *Markt* findet notwendig Reduktion von Qualität und Quantität statt. Hier befinden wir uns am entscheidenden Punkt: indem qualitative Kriterien entwickelt werden, werden die *Institutionen* in Frage gestellt, die den Druck zur Quantifizierung ausüben. Daher muß man sich darüber klar sein: Das geforderte qualitative (bzw. im Epplerschen [1981] Sinne selektive) Wachstum ist entweder eine bloße Formel, die von der Realität praktisch kritisiert wird, oder die Institutionen der Vergesellschaftung müssen geändert werden: der Markt und die auf ihm transportierten Interessen von Eigentum und Verwertung im ökonomischen Bereich und die auf dem Prinzip von Stimmenmaximierung beruhende formale Demokratie. Damit ist ein außerordentlich heikles Thema angesprochen, das hier nicht in allen seinen Verzweigungen ausgelotet werden kann. Nur soviel: Es geht weder beim Markt noch beim demokratischen Prozeß um Abschaffung, sondern um institutionelle *Reform*, die den Quantifizierungsdruck aufhebt und die Berücksichtigung qualitativer Kriterien zuläßt. So verstanden, zielt die Formel vom qualitativen Wachstum also auf gegenüber dem herkömmlichen Wachstumstyp veränderte – politisierte – *Selektionskriterien*, die nur in einem veränderten institutionellen Rahmen realisiert werden können.

Die nächste Frage lautet allerdings, warum quantitatives Wachstum nicht mehr wie früher als zureichend für die Verbesserung des Lebensstandards und die Messung des Fortschritts betrachtet werden kann. Hinter dieser Frage verbirgt sich das Problem der Relationierung von Mitteln und Zielen, von Input und Output sowie der Messung dieser beiden Größen. Die formale Rationalität im Sinne Max Webers ist das Grundprinzip, der kategorische Imperativ bürgerlichen Denkens und Handelns, historisches Resultat der „protestantischen Ethik“: Input und Output werden kalkuliert und in ein Verhältnis zueinander gesetzt. Je günstiger diese Relation ist, desto besser auch für den „Wohlstand“. Aber dieses Maß wird im Kapitalismus noch eingeschränkt, insofern es die *Rentabilität* des Kapitals mißt. Die Profitabilität (Profitrate als Relation von Resultat des Produktionsprozesses zu den Voraussetzungen des Produktionsprozesses) ist strukturell identisch mit dem abstrakten Rationalitätskalkül: dem Kapitalvorschuß wird der Profit als Resultat gegenübergestellt. Allerdings ist hier von vornherein ein Widerspruch enthalten, der in seiner Entfaltung dieses Verhältnis seiner vorgegebenen Rationalität beraubt. Denn das jeweils individuelle Streben nach maximaler Profitrate führt gesellschaftlich zu deren Verfall, d. h. zu einer Verschlechterung der Input-Output-Relation, wenn dies in allgemeinen Termini ausgedrückt werden soll. Für eine Wiederherstellung der Rentabilität des Kapitals scheint sich Anfang der 80er Jahre eine *Kumulation von Problemen* zu ergeben, die einen traditionellen Ausweg aus Krise und Depression durch einen auf neuen Technologien beruhenden kräftigen Investitionsstoß erschweren.

1. Das rationale Handeln im Kapitalismus ist marktvermittelt. Der Markt als „rationaler Auslesemechanismus“, als ein Ort von „trial and error“, deren Prozeß zu optimalen Lösungen (geleitet durch die „invisible hand“) führen soll, funktioniert jedoch nur, wenn die „Signale“, d. h. die Preise in ihren Relationen stimmen. Dies ist jedoch wegen der Monopolisierung, infolge externer Effekte und durch die Staatseingriffe nicht der Fall, so daß optimale Lösungen prinzipiell durch den Markt allein nicht hervorgebracht werden können („*Marktversagen*“).

2. Da der Horizont von einzelnen Entscheidungsträgern notwendig beschränkt ist, kann die Rationalität auch dadurch gesteigert werden, daß Inputs der Produktion ausgegrenzt werden (z. B. Aufwendungen für den Umweltschutz) oder Outputs anderer Produzenten für sich reklamiert werden (z. B. Inanspruchnahme staatlicher Infrastrukturleistungen). Hier haben wir es mit den „Externalities“ zu tun, die in der akademischen Wirtschaftstheorie seit Marshall und Pigou so manchen Mißton in die Harmonie der ökonomischen Modelle gebracht haben. Wegen der Externalities ist das scheinbar rationale System jedoch irrational. Denn es ist von der der Rationalität zugrunde liegenden Interessenstruktur gar nicht in der Lage, alle Inputs und Outputs zu kalkulieren. Die Dramatik des Problems wird noch dadurch gesteigert, daß die Wirkung mancher Produktionsprozesse oder auch Produkte (bzw. by-products) nicht innerhalb des *Zeithorizonts* des einzelnen Entscheidungsträgers kalkuliert werden kann. Und schließlich kommt

hinzu, daß einzelne Entscheidungen für sich genommen keine die Gesellschaft insgesamt betreffenden gravierenden Effekte haben müssen, jedoch als Aggregat verheerend sein können.

3. Daraus ergibt sich auch, daß Rationalisierung im Kapitalismus notwendig *Fehlrationalisierung* impliziert (Otto Bauer 1931). Private Kosteninputs und gesellschaftliche Gesamtkosten koinzidieren auch dann nicht, wenn alle privaten Inputs aggregiert werden. Dies liegt daran, daß bestimmte Kosten gar nicht in Quantitäten (in Geld) kalkuliert werden können, oder erst dann monetär auffallen, wenn sie als Kompensationen für Schäden aufgewendet werden müssen. Das quantitative Rationalitätskriterium ist also per se borniert, weil nicht alle Kosten in Geld zu bewerten sind.

4. Dies hat auch damit zu tun, daß ökonomische Prozesse nicht nur als ein Verhältnis von Input und Output beschrieben werden können, sondern im Hinblick auf das System der natürlichen und menschlichen Ressourcen eine Art *Throughput* darstellen. Ökonomisches Wachstum hinterläßt die Ressourcen nicht ohne Beschädigungen, die von einem bestimmten Ausmaß an nicht mehr durch die Regenerationsfähigkeit des Systems der natürlichen und menschlichen Ressourcen geheilt werden können. Hier kommt das Problem der immanenten Belastbarkeitsgrenze zum Tragen, aber auch die Auswirkung der Belastung der Ressourcen durch Überschreiten der individuellen und kollektiven Fühlbarkeits- und Kenntnissgrenzen, so daß die Belastung auch wahrgenommen und politisch verarbeitet werden kann. Input und Output werden als Marktgrößen gemessen, der Throughput nicht.

5. Die Irrationalität des Quantitativismus kann noch dadurch gesteigert werden, daß der Output als quantitative Größe in vollständiger Gleichgültigkeit gegenüber der Qualität als Gebrauchswert gemessen wird. Z. B.: In die Kalkulation des Sozialprodukts geht die Wertschöpfung der chemischen Industrie ebenso wie die Wertschöpfung der Betriebe, die die Abwasserreinigung vornehmen, um die Schäden, die die chemische Industrie verursacht, zu beheben. In diesem Sinne steigern auch die Krankenhäuser den Wohlstand, obwohl in ihnen nur die in der industriellen Produktion erlittenen Arbeitsunfälle geheilt werden, während die Aufwendungen in den Betrieben zur Unfallverhütung die Wertschöpfung senken würden. Die Form der Marktvermittlung erzeugt eine Gleichgültigkeit gegenüber dem Produkt oder der Dienstleistung, die da bewertet wird. Es entsteht die paradoxe Situation, daß „das Industriesystem von seinen Mißständen noch profitiert“ (Jänicke 1979).

6. Mit der im Verlauf von Industrialisierung und Verstädterung zunehmenden Belastung der Ressourcen wachsen die nicht kalkulierten ebenso wie die kalkulierten Inputs der Produktion; der Kapitalkoeffizient steigt an. Es ist ein Punkt nicht ausgeschlossen, an dem die Grenzkosten des Wachstums dessen Grenznutzen übersteigen. Dann kann tatsächlich weiteres quantitatives Wachstum selbst unter tradierten bürgerlichen Kriterien irrational werden.

7. Dieser Umschlag von Rationalität in Irrationalität hat als gesell-

schaftlicher Prozeß eine Verunsicherung des bürgerlichen Selbstbewußtseins zur Folge, dessen „Rationalismus der Weltbeherrschung“ damit unmittelbar und in den eigenen Kategorien faßbar in eine Krise gerät. Fortschritt und Modernisierung als Beurteilungskriterien aller weltlichen Äußerungsformen verlieren ihre Allgemeingültigkeit. Dieser Prozeß der Ablösung vom quantitativen Rationalismus, vom Fortschrittsglauben, dem Modernitätsbewußtsein und auch dem Leistungsprinzip vollzieht sich in der hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaft selbst, und zwar in sehr unterschiedlichen Formen als ein sozialer Prozeß mit neuen Protagonisten. Es entstehen die Ökologiebewegung, die Anti-Atom-Bewegung, die Frauenbewegung, die Jugendbewegung; es werden alternative Projekte entwickelt, die sich dem industriellen Produktivismus zu entziehen versuchen; und wir sind konfrontiert mit neuen Mythen der Innerlichkeit und des „Exodus“ (so Bahro 1981) in eine neue „retro-terra“ einer heilen nicht-industriellen Welt. Die Krise der bürgerlichen Rationalität und Modernität hat eine kulturelle und geographische Dimension. Denn die Rationalität im Weberschen Sinne ist in Europa entstanden und ist als imperialistische Weltbeherrschung auch geographisch mit der von Marx bezeichneten „propagandistischen Tendenz des Kapitals“ (Grundrisse, S. 313) in alle Welt exportiert worden. Mit der Infragestellung der kapitalistischen Rationalität, nicht allein als Kalkulationsprinzip von Unternehmen, sondern als Moment der Kultur, ist zugleich der *Eurozentrismus* herausgefordert.

9. Dieser Herausforderung des bürgerlichen Rationalismus können seine Vertreter nur noch mit der Brutalität des ungehemmten Marktes begegnen. Damit die Preissignale auf dem Markt funktionieren, müssen alle Hindernisse aus dem Weg geräumt werden, die sich der Rationalität des weltbeherrschenden „homo oeconomicus“ entgegenstellen. Dies ist keine technische Effizienzfrage allein. Denn die „Signale“ funktionieren nur, wenn für die Investitionen ausreichende Rentabilitäten gesichert sind. Läßt sich die Signalfunktion der relativen Preise wieder herstellen, ist eine Steigerung der Rentabilität möglich; dann kann auch quantitatives Wachstum angezielt werden mit einem ungehemmten Einsatz an neuer Technologie. Es geht also darum, die als Irrationalitäten sich darstellenden Grenzen der kapitalistischen Warenproduktion einzureißen und dem Kapital eine neue Perspektive der weiteren Entwicklung zu eröffnen.

Doch hat die Krise des „Rationalismus der Weltbeherrschung“, von denen ich einige Aspekte hervorgehoben habe, Konsequenzen für einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung, dessen Grundlage als ein „bunching of investment“ (Gordon 1979, S. 26) nicht mehr in der Technik, Quantitäts- und Produktionsorientierung eine problemlose Entsprechung findet. Die *soziale Struktur für quantitatives Wachstum* hat sich geändert und dies wird zum Problem für die Überwindung der gegenwärtigen Krise. Im folgenden versuche ich, dieses Problem auf dem Hintergrund von Theorien über Stadien kapitalistischer Entwicklung und „lange Wellen“ der Akkumulation zu diskutieren.

3. Das Ende einer „langen Welle“ der Kapitalakkumulation

Es ist keineswegs überraschend, daß seit Mitte der 70er Jahre am Ende der Prosperitätsperiode nach dem Zweiten Weltkrieg das Interesse an den Theorien über die „langen Wellen“ der Konjunktur erneut erwacht ist. Diese Theorien mit ihrer langen Tradition von van Gelderen über Trotzki, Kondratieff (1972) und Schumpeter (1961) bis zu Forrester (1977), Wallerstein (1979), Mandel (1972, 1979) oder Kleinknecht (1980) beanspruchen, eine Erklärung sowohl der Gründe für den Aufschwung der vergangenen dreißig bis vierzig Jahre und den Übergang in die Krise geben als auch die Bedingungen nennen zu können, unter denen es einen Ausweg aus der gegenwärtigen Rezession geben könnte. Dabei sind die verschiedenen Theorien der „langen Wellen“ keineswegs einheitlich. Wir haben es sowohl mit deskriptiven (Kondratieff) als auch analytischen Theorien (z. B. Mandel) zu tun. Viele Theoretiker sehen die auslösenden Faktoren von langen Aufschwüngen in *technologischen Bedingungen*: die Häufung von Innovationen zu bestimmten Zeiten eröffne neue Märkte, stimuliere daher Produktion und Nachfrage, ziehe infolge der Rentabilität neuer Produkte oder Produktionsverfahren Verbesserungsinnovationen nach sich, die einen langfristigen Aufschwung auch über mehrere mittlere Konjunkturzyklen („Juglars“) hinweg tragen können. Doch laufen die Potenzen der Basis- und Verbesserungsinnovationen irgendwann einmal aus; so wie in der Ökonomie das Ertragsgesetz wirke in der Technikimplementierung das „Wolfsche Gesetz“ der technisch-ökonomischen Entwicklungsgrenzen. Es komme zwar noch zu „Scheininnovationen“, aber der große Wurf der ökonomisch mitreißenden Innovation bleibe aus. Die Investitionstätigkeit verflacht in bloße Rationalisierung der Produktion. Da die Rate der Produktionserweiterung zurückgeht, können die Freisetzen von Arbeitskräften nicht mehr kompensiert werden. Die Prosperität kippt um in eine Phase der Depression – bis zu einem Zeitpunkt, an dem eine neue Welle von Basisinnovationen aus dem „technologischen Patt“ herausführen könne (so Mensch 1977).

Dieses relativ einfache Modell von exogenem (technologischem) Anstoß und einer die Prosperität selbsttragenden ökonomischen Dynamik bis zu einem Zeitpunkt, an dem die Kraft des Anstoßes nachgelassen habe, scheint sich empirisch bestätigen zu lassen, auch wenn Uneinigkeit über die Datierung von gehäuft auftretenden Basisinnovationen sowie über die Länge und manchmal auch den Charakter von Entwicklungsphasen besteht (vgl. Mandel 1979 und Kleinknecht 1980). Diese Unsicherheit in der Bestimmung der Charakteristika von „langen Wellen“ gilt auch heute. So weist Immanuel Wallerstein darauf hin, daß Mandel (1979) und Dupriez (1978) die 70er Jahre als eine Entwicklungsphase mit stagnativem Grundton interpretieren, während Rostow (1978a, b) das gleiche Jahrzehnt noch als die laufende expansive Phase bezeichnet (Wallerstein 1979, S. 663 ff.). Franz Jánossy (1968) wiederum, der eine allgemeine Erklärung langer Prosperitätsperioden nach tiefen, insbesondere durch den Krieg verursachten Einbrüchen der wirtschaft-

lichen Entwicklung zu formulieren versucht, sieht das „Ende der Wirtschaftswunder“ bereits zu Beginn der 60er Jahre, als die tatsächliche Entwicklung der Ökonomien in Europa, Japan und in den USA eine langfristige Trendlinie des potentiellen Wachstums erreicht und daraufhin ihre Dynamik verliert (wir erinnern uns, daß auch Theodor Prager mit ganz anderer Begründung als Franz Jánossy wenige Jahre später, schon zu Beginn der 60er Jahre auf stagnative Tendenzen verweist). Die Trendlinie der Entwicklung ist jenseits aller Akkumulationsanstrengungen (Investitionen in Sachkapital) vorgegeben: durch die langsam und nur über lange Zeiträume sich verändernde Qualifikationsstruktur des Gesamtarbeiters und die Anbindung des technologischen Fortschritts bei seiner Umsetzung in der industriellen Produktion an die Qualifikationsbedingungen der Arbeitskraft.

Es spricht zunächst nicht für ein theoretisches Paradigma, wenn ein ganzes Jahrzehnt unterschiedlich, ja gegensätzlich damit interpretiert werden kann. Dies hat jedoch mit der Wahl der Indikatoren zu tun und nicht zuletzt auch mit der grundlegenden kritisch-pessimistischen oder affirmativ-optimistischen Herangehensweise des Autors, mit seiner „Weltanschauung“, wie Wallerstein schreibt. Betrachtet man allerdings die Periodisierung der „langen Wellen“ in den vergangenen 200 Jahren durch verschiedene Autoren, so läßt sich doch ein Rahmen von Übereinstimmung feststellen, zumindest was die *großen Depressionen* in der Geschichte des Kapitalismus angeht: Die erste große Depression der industriell-kapitalistischen Entwicklung beginnt in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts und geht in der zweiten Hälfte der 30er Jahre in einen erneuten Aufschwung über. Die zweite große Depression beginnt in den 70er Jahren und dauert bis zu Beginn der 90er Jahre. Die dritte große Depression ist infolge der beiden Weltkriege und des radikalen Strukturwandels auf dem Weltmarkt sowie infolge der Entstehung der Sowjetunion nach 1917 nicht eindeutig datierbar, ihr Höhepunkt ist zweifellos die große Krise nach 1929. Jedenfalls ist es möglich, den Beginn des Aufschwungs nach dem Zweiten Weltkrieg in der Mitte der 40er Jahre zu datieren, nicht nur wegen des Endes des Krieges, sondern auch wegen der erfolgten Umstrukturierung des Weltmarkts, aus der die USA endgültig als ökonomisch, politisch und militärisch hegemoniale Macht hervorgegangen sind. Diese Hegemonialstellung ist Voraussetzung für den nachfolgenden Aufschwung und mit der Erosion dieser Position läßt dessen Dynamik nach, um in den 70er Jahren in eine erneute, die vierte große Depression zu münden.

Die Tatsache „langer Wellen“ scheint weithin unbestritten zu sein, ebenso die Bedeutung der Technik, zumindest für den ersten Anstoß zu einer „langen Welle“. Dennoch bleibt diese Erklärung unbefriedigend, da nicht explizit auf die Investitionsentscheidungen und deren Kriterien von seiten der Unternehmen Rücksicht genommen wird. Technologie muß ja implementiert werden. Dies geschieht jedoch nur, wenn dies profitabel erscheint. Es geht also nun darum, nicht nur die Häufungen von technologischen Neuerungen ausfindig zu machen (Mensch 1977), sondern die langfristigen Bedingungen der Profitentwicklung des Kapi-

tals sowie deren Konsequenzen für die Investitionsentscheidungen der Unternehmen zu untersuchen. Ich möchte hier drei Ansätze kurz vorstellen, um dem Problem der „langen Wellen“ genauer auf die Spur zu kommen:

1. Eine Autorengruppe aus dem Kieler Institut für Weltwirtschaftslehre (Glismann u. a. 1978) benutzt das neoklassische Kategoriensystem, um den langfristigen Rückgang der Investitionstätigkeit (als Indikator für die gegenwärtige Stagnationsperiode) zu erklären: Im Verlauf des Aufschwungs komme es zu Verzerrungen bei den Faktor- und Produktpreisen. Verantwortlich dafür seien ein Anstieg der Lohnkosten über das Grenzprodukt der Arbeit hinaus, die Steigerung der konsumtiven Staatsausgaben sowie die wachsende Konzentration in der Wirtschaft (Monopolisierung) und der Protektionismus im Außenhandel. Da von den Lohnsteigerungen und dem Anstieg der Staatsquote die Gewinnerwartung der Unternehmen negativ tangiert werden, wird die Investitionsneigung beeinträchtigt. – Darin ist einmal die These impliziert, daß sich bei adäquatem Verhalten der Wirtschaftssubjekte, durch das die Signalfunktion der Preise nicht gestört und die gewinnabhängigen Investitionen nicht beeinträchtigt werden, eine längere Depression vermeiden und das Wachstum der Wirtschaft auf dem Expansionspfad eines stetig steigenden Produktionsvolumens sichern ließen. Zum anderen folgt daraus die Lösung für die Überwindung der Depression: eine Senkung der Lohnstückkosten und des Staatsanteils am Sozialprodukt, die Wiederherstellung der Marktwirtschaft, um auf diese Weise die Signalfunktion der Preise wieder unverfälscht zum Tragen kommen zu lassen, damit die Gewinne zu steigern und die Investitionen zu stimulieren.

2. Bei Ernest Mandel (1972, 1979) steht die Profitrate (im Marxschen Sinne) im Vordergrund der Betrachtung. Diese ist abhängig von Mehrwertrate und Kapitalzusammensetzung sowie von der Umlaufgeschwindigkeit des Kapitals. Jeweils historische Bedingungs Zusammenhänge haben auf eine oder mehrere der genannten Größen positiv mit der Folge einer längeren Expansion oder negativ mit der Folge einer langandauernden Depression eingewirkt. Dabei ist nach Mandels Auffassung eine Asymmetrie zu verzeichnen. Eine „lange Welle“ expansiven Wachstums wird immer von *exogenen* Faktoren in Gang gesetzt. Der Umschwung in die stagnative Phase hingegen ist *endogen* durch die Widersprüche und deren Zuspitzung im Prozeß der Kapitalakkumulation bewirkt. Die exogenen Anstöße in der Depression können auch von neuen Technologien herrühren. Doch diese bewirken nur dann einen langen Aufschwung, wenn durch sie die Mehrwertrate entscheidend erhöht oder/und die organische Kapitalzusammensetzung wesentlich gesenkt oder/und die Umschlaggeschwindigkeit des Kapitals gesteigert werden kann. Auch ist es erforderlich, daß zur Realisierung der Investitionen, die am Anfang des Aufschwungs immer gebündelt auftreten, entsprechende monetäre Fonds vorhanden sind. Tatsächlich ist im Verlauf einer Depression immer Leihkapital en masse vorhanden, wie Marx im 5. Abschnitt des 3. Bandes des „Kapital“ ausführt und wie

auch der Umfang der nationalen und vor allem internationalen Kreditmärkte zu Beginn der 80er Jahre verdeutlicht. Jedoch ist dies nur die monetäre Seite des Investitionsfonds; es müssen obendrein reale Ressourcen gegeben sein, ohne die die Investitionstätigkeit sehr bald an Grenzen stößt. Hier wird deutlich, daß die Profitabilität von Investitionen an die wertmäßige (monetäre) Seite ebenso gebunden ist wie an die stofflichen Bedingungen der Kapitalakkumulation, auf die Jánossy mit seiner Betonung der Rolle der Qualifikationsstruktur für die kapitalistische Entwicklung, wenn auch einseitig, aufmerksam macht.

3. Man könnte den langen Aufschwung nach dem Zweiten Weltkrieg auch auf die *asymmetrische* Situation an den Polen des Weltmarkts zurückführen: Die Profitabilität des Kapitals war nach dem Zweiten Weltkrieg überall sehr hoch, jedoch aus unterschiedlichen Gründen. Während in den USA aufgrund überlegener Technologie und Produktivität *Extraprofit*e erzielt werden konnten, waren in Europa und Japan die Löhne vergleichsweise niedrig und die Arbeitsintensität hoch. Der expandierende Weltmarkt bewirkte zweierlei: erstens die Realisierbarkeit von Extraprofiten, zweitens den Zwang zur Angleichung der Produktionsbedingungen. Der erste Grund bestimmte das große Interesse der USA an der weitgehenden Liberalisierung des Welthandels. In dem Maße wie aber die Angleichungsprozesse der Produktionsbedingungen vorwärts gingen, mußte weltweit die Profitrate sinken. Denn in den USA schwanden die Extraprofiten, als in wichtigen Branchen andere Zentren des Weltmarkts ihre Konkurrenzposition gegenüber den USA verbesserten (erst Westeuropa, dann Japan). Dies war in der Regel nur durch produktivitätssteigernde, aber kapitalintensive Investitionen mit der Folge einer steigenden organischen Kapitalzusammensetzung möglich. Außerdem stiegen die Löhne in dem Maße wie die Vollbeschäftigung hergestellt wurde. Eine Umkehrung der Aufschwungsphase in eine Stagnationsphase war gar nicht zu vermeiden. Sie bedeutet aber zugleich auch das Ende der US-amerikanischen Hegemonie. Also fallen das Ende einer langen Aufschwungsphase und der Verlust der US-amerikanischen Hegemonie zusammen. Letzte Ursache, die aber vielfach vermittelt erscheint, ist der – unterschiedlichen Gründen geschuldete – Fall der Profitabilität des Kapitals in den kapitalistischen Metropolen.

Empirisch läßt sich diese Entwicklung an mehreren Indikatoren zeigen. Beginnen wir mit der *Produktivitätsentwicklung*. In der Periode von 1870 bis 1950 hatten die USA unter allen Industrienationen die höchsten Wachstumsraten der Produktivität. In den folgenden Jahrzehnten sinken sie zunächst unter den Durchschnitt, um sogar seit Mitte der 60er Jahre mit Großbritannien die niedrigsten im OECD-Bereich zu werden. Die Gründe dafür liegen in den internen Bedingungen der nationalen Ökonomien. In den USA waren die *Wachstumsraten des Kapitalstocks* mit niemals über 5 v. H. wesentlich niedriger als beispielsweise in der BRD (6–9 v. H. in den 50er und 60er Jahren). In den 70er Jahren vermindert sich das Tempo der Kapitalbildung sogar noch auf unter 3 v. H.. Gründe dafür sind erstens der überdurchschnitt-

lich große Anteil unproduktiver Ausgaben (tertiärer Sektor und Militär- und Rüstungsausgaben) und zweitens der große Anteil der Investitionen des US-Kapitals im Ausland.

Doch kann damit das Phänomen sinkender Zuwachsraten der Produktivität nicht voll erklärt werden. Denn es ist zwar das Niveau der *Investitionsquote* in den USA im langjährigen Durchschnitt niedriger als bei den meisten Konkurrenten, jedoch liegt die Investitionsquote von 1960 bis 1980 immerhin um die 17 bis 18 v. H.. Die Gründe müssen also vor allem an dem gestiegenen *Kapitalkoeffizienten* (K/Y) liegen, so daß eine konstante Investitionsquote (I/Y) zu einer abflachenden Wachstumsrate des Kapitalstocks (I/K) führt. Dies müßte keinen negativen Effekt auf die Produktivitätsentwicklung haben, wenn die Kapazitäten voll ausgelastet wären. Thurow zufolge können jedoch allein 30 v. H. des Niedergangs der Produktivität der mangelnden *Kapazitätsauslastung* und der *Arbeitslosigkeit* angelastet werden. Weitere 40 v. H. des Produktivitätsverfalls sind nach Thurow Folge eines negativen Struktureffekts, d. h. des größeren Wachstums von unterdurchschnittlich produktiven Bereichen, während die restlichen 30 v. H. auf speziellen Problemen einzelner Industriezweige beruhen (Thurow 1980). Daß dennoch in der zweiten Hälfte der 70er Jahre die Profitrate der US-Ökonomie nicht gefallen, sondern sich auf einem niedrigeren Niveau stabilisiert zu haben scheint, dürfte daran liegen, daß die realen Individuallöhne gesunken sind; 1980 ist der durchschnittliche Reallohn der amerikanischen Arbeiter niedriger als 15 Jahre zuvor. Diese für die Profitentwicklung günstige Konstellation ist nur deshalb in den 70er Jahren nicht zu einem sozialen Debakel geworden, weil der Soziallohn im Durchschnitt noch leicht gestiegen ist (Bowles und Gintis 1980). Erst unter der Reagan-Administration wird der Versuch unternommen, nicht nur den individuellen, sondern auch den sozialen Lohn (also staatliche Sozialausgaben, die der Arbeiterklasse zugute kommen) zu kürzen und so mit Hilfe der Reduzierung der Lohnkosten die Profitrate zu steigern.

Die Entwicklung in Westeuropa und Japan verlief, was die Tendenz der Profitrate anbelangt, ausgeprägter negativ als in den USA. Jedoch sind die verursachenden Faktoren andere. Die Wachstumsraten der Produktivität sind im Durchschnitt (mit Ausnahme Großbritanniens) höher als in den USA, aber dies gilt auch für die Wachstumsraten der *Kapitalintensität* (K/L), so daß der Kapitalkoeffizient (K/Y) trotz hoher Wachstumsraten der Produktivität (Y/L) ansteigt bzw. die Kapitalproduktivität (Y/K) sinkt (Ausnahmen sind lediglich Japan und Italien, wo noch bis Ende der 60er Jahre eine ansteigende Tendenz festzustellen ist). Gleichzeitig steigen im Maße der Herstellung von Vollbeschäftigung in allen Ländern die Reallöhne, so daß insbesondere in den 70er Jahren bei den Konkurrenten der USA die Lohnstückkosten stärker als in den USA selbst ansteigen.

Das Resultat dieser Entwicklungstendenzen ist ein in allen entwickelten Ländern feststellbarer „Niedergang des Profits“. Für sich genommen müßte daraus nicht auch ein „Niedergang der Wachstumsrate und

der Beschäftigung“ folgen. Jedoch haben sich die Produktionsstrukturen in Richtung kapitalintensiver Bereiche verschoben, so daß auch eine ziemlich konstante Investitionsquote tendenziell verringerte Wachstumsraten hervorbringt, die sogar noch unter dem Wachstum der Produktivität liegen (Entkoppelung von Wachstum und Beschäftigung). In dieser schon labilen Situation hat die Inflation, die sich seit Ende der 60er Jahre beschleunigt, die Funktion, die Krise hinauszuschieben; letztlich allerdings ohne Erfolg. Denn verschärfend kommt ab 1973 hinzu, daß die Ressourceninputs – insbesondere das Erdöl – radikal verteuert werden, und zwar in einem Ausmaß, das auch durch weitere Inflationierung der Preise von Industriewaren nicht mehr neutralisiert werden kann. Es ist nun offensichtlich, daß die lange Nachkriegsprosperität vorüber ist; die 70er Jahre erweisen sich zurückblickend als eine Periode des Umschlags von der langen Aufschwungsphase in eine Phase der Depression.

In diesen Erklärungsansätzen ist der Bedeutung der Technologie Rechnung getragen, allerdings mit sehr verschiedenen Akzentsetzungen:

Im neoklassischen Ansatz reduziert sich das Problem auf die Sicherung eines marktwirtschaftlich hergestellten konsistenten Systems relativer Preise, um Gewinne und damit Investitionen bei gegebener Technologie zu stimulieren. Gelingt dies, dann hebt sich das Problem der „langen Wellen“ von selbst zugunsten eines stetigen und gleichgewichtigen Wachstumsprozesses auf.

Bei Mandel haben die Technologien als exogene Anstöße eine entscheidende Wirkung auf die Komponenten der Profitrate, die sie nach oben stoßen können. Der Umschlag in eine stagnative Phase ergibt sich aus der endogenen Dynamik des kapitalistischen Profitsystems (Überakkumulation und Fall der Profitrate).

Im dritten Ansatz wird ähnlich wie bei Mandel argumentiert, allerdings mit einer doppelten Erweiterung: Erstens werden die stofflichen Bedingungen der zu Beginn der Aufschwungsphase gebündelt durchgeführten Investitionen reflektiert und zweitens werden die ungleichmäßigen Bedingungen auf dem Weltmarkt in Rechnung gestellt, indem die Kategorie von Extramehrwert und Extraprofit im Rahmen einer Weltmarkttheorie eingeführt werden.

An dieser Stelle ist es sinnvoll, kurz auf die Begriffe „endogen“ und „exogen“ einzugehen. In seiner Polemik gegen David Gordon (1979) kritisiert Mandel (1979), daß Gordon auch den Anstoß zum Aufschwung noch endogenisieren will. Hinter dieser Kritik verbirgt sich meines Erachtens eine besondere Vorstellung von der „langen Welle“ als einer langfristig zyklischen Schwingung sozioökonomischer Faktoren. Und Mandel hat Recht, wenn er behauptet, daß es keine „Wellenmechanik“ im Sinne eines langfristigen sinusartigen Wachstumsverlaufs geben kann. Daher sein Insistieren auf der Exogenität der Anstöße, um die Vorstellung von einer Sinusschwingung erst gar nicht aufkommen zu lassen. Demgegenüber geht Gordon (1979) explizit von einem anderen Verständnis der „langen Welle“ aus: Die langen Phasen der Depression

sind in seinem Konzept *Phasen der Restrukturierung* der technologischen, sozioökonomischen und politischen Institutionen der Gesellschaft. Erst der Strukturbruch mit den Verhältnissen der vorangegangenen Entwicklung ermöglicht den erneuten Aufschwung, der folglich tatsächlich eine ganz *andere gesellschafts-strukturelle Basis* haben muß als der vorangegangene – und dann vom ökonomischen Sektor her gesehen als exogen verursacht erscheint, obwohl er endogen durch die Dynamik von Krise und Depression produziert worden ist. In der Betonung der Exogenität des Anstoßes für einen langen Aufschwung liegt bei Mandel also ein Mißverständnis über den Charakter von Krise und Depression als notwendige und damit „endogene“ Momente der kapitalistischen Entwicklung vor. Es ist also notwendig, etwas Aufmerksamkeit auf den Charakter von Krise und Depression zu verwenden, damit dieses Mißverständnis aufgeklärt werden kann.

4. Krise und Depression als Strukturbruch und als Phase der Restrukturierung

Bekanntlich lassen sich Zyklen verschiedener Länge ausmachen. Ich will hier nur zwei Aspekte hervorheben: Erstens müssen sich alle Zyklen auf die innere Widersprüchlichkeit des gleichen Profitprinzips kapitalistischer Akkumulation zurückführen lassen, also nicht aus unterschiedlichen Begründungszusammenhängen konstruiert werden (vgl. dazu Altvater/Hoffmann/Semmler 1979). Zweitens unterscheiden sich die langen Kondratieff-Zyklen nicht nur hinsichtlich ihrer Zeitdauer von den „anderen“ Zyklen, sondern vor allem wegen der Tiefe, Ausbreitung und Länge der *Depression*, die der Phase nach der Krise folgen. Am Ende eines langen Aufschwungs wird im Unterschied zu den Krisen der kurzen und mittelfristigen Zyklen deutlich, daß das Akkumulationsmodell des vorangegangenen Kondratieff an eine Grenze gestoßen ist und erst Restrukturierungen des gesellschaftlichen Systems notwendig werden, bevor ein neuer Aufschwung einsetzen kann. Die Depression nach einem langen Aufschwung ist demnach eine „große Krise“ im Vergleich zu den „kleinen Krisen“, durch die der sieben- bis neunjährige Konjunkturzyklus regelmäßig „hindurch“ muß. In den kleinen Krisen ist das immer prekäre Gleichgewicht gesellschaftlicher Widersprüche und sozialer sowie politischer Gegensätze innerhalb der gegebenen Formen der gesellschaftlichen Kompromißstrukturen gefährdet, aber auch herstellbar, wenn es partiell gestört worden ist: das Gleichgewicht beispielsweise der Verteilung zwischen Lohnarbeit und Kapital; das Gleichgewicht zwischen gesellschaftlichem Akkumulationsfonds des Kapitals, der privaten Konsumtion der Massen und dem Staatsverbrauch; das Gleichgewicht zwischen individuellem Profit und Zinsen des Bankkapitals usw. Die genannten Widersprüche und Gegensätze spitzen sich *innerhalb* der gesellschaftlichen Formen zu und sie finden durch Anpassung auch innerhalb dieser Formen eine Lösung: die Widersprüchlichkeit wird reduziert, die

Gleichgewichte werden mehr oder weniger wiederhergestellt, wodurch die Weichen für eine neue Entwicklungsphase gestellt werden. Die „kleinen Krisen“ regenerieren also das System so wie es ist, sie stellen *progressive Momente* im Prozeß der *Konservation* des Systems dar.

Ganz anders die „großen Krisen“. Sie können als *Strukturbruch von Formen der gesellschaftlichen Entwicklung* interpretiert werden. Die gesellschaftlichen Kompromißstrukturen, die die oben genannten Gleichgewichte sicherstellen sollen, sind an eine Grenze geraten und können ihre Aufgabe innerhalb der entwickelten Formen nicht mehr erfüllen. Es sind also ein Akkumulationsmodell, ein spezifischer Politiktypus und Konsensstrukturen in Frage gestellt. Die *Form* der gesellschaftlichen Strukturen, in denen sich die Gleichgewichte bilden und immer wieder gefährdet werden, wird zu einer *Grenze für die Struktur-entfaltung* im Entwicklungsprozeß der Gesellschaft und führt daher zu einem Strukturbruch. Die Dauer der „großen Krise“ ist nicht nur deshalb länger als diejenige der „kleinen Krise“, weil sie quantitativ größere Ausmaße hat; vielmehr folgt dem Strukturbruch die langandauernde Depression, die gesellschaftlich, politisch, ökonomisch eine Phase der Destruktion alter Formen und der Restrukturierung neuer gesellschaftlicher Verhältnisse ist. Restrukturierung impliziert immer Destruktion im materiellen Sinne (Entwertung, Vernichtung von Kapital und Reichtum) und Zerstörung gewachsener gesellschaftlicher Kompromißstrukturen, die notwendigerweise mit schweren sozialen und politischen Konflikten verbunden ist, bis ein neuer Konsens gefunden wird.

Dies muß noch erläutert werden. Es ist keineswegs selbstverständlich, daß Kapitalakkumulation auf den *Konsens* der Ausgebeuteten stößt. Dies ist nur möglich aufgrund der im Kapitalverhältnis angelegten *Mystifikation* (a), den im bürgerlichen System erzeugten und reproduzierten *Ideologien* (b). Darüber hinaus ist allerdings die materielle Seite dieses Konsenses bedeutsam, die sich in einer Vielfalt von *institutionalisierten Kompromissen* (c) zwischen Lohnarbeit und Kapital – in der Regel staatlich vermittelt – darstellt. Dieses System von *Konsens* (d) ist einerseits Voraussetzung für reibungslose Kapitalakkumulation, andererseits selbst auf Wachstum – nämlich Einkommenszuwächse und Vollbeschäftigung – angewiesen. Doch das System der Kapitalakkumulation kommt in Gefährdungszonen und Krisen, die sich aus seiner ökonomischen Widersprüchlichkeit (Überakkumulation von Kapital) und nicht erst aus politischen Widerständen ergeben. Die Krisenmomente jedoch finden gesellschaftliche und politische Äußerungsformen, die insgesamt betrachtet den Strukturbruch bewirken. Dieser Strukturbruch ist also niemals nur ökonomisch, sondern immer politisch. Dieser Bruch hat mehrere Aspekte:

1. Der gesellschaftliche Klassenkompromiß ist einem Prozeß der sozialen Disgregation ausgesetzt (etwa in dem Sinne Joan Robinsons, wenn sie meinte, daß es Schlimmeres gibt als ausgebeutet zu werden: nämlich nicht ausgebeutet zu sein). Dieser ist Folge der Spaltung der Arbeiterklasse in Beschäftigte und Arbeitslose, aber auch der Segmen-

tierung des Arbeitsmarktes in verschiedene Sektoren. Wegen unterschiedlicher Betroffenheit der Einzelkapitale von der Krise vollzieht sich dieser Disgregationsprozeß aber auch innerhalb der Kapitalistenklasse, die nicht mehr politisch einheitlich zu handeln vermag.

2. Für den Staat stellt sich die Krise zunächst als Fiskalkrise dar, die die Erfüllung der sozialpolitischen Aufgaben erschwert, sofern die wirtschaftspolitische Funktion der Stützung der Akkumulation noch einigermaßen aufrechterhalten werden soll. Damit erhält die *Akkumulationsfunktion* eindeutig Vorrang vor der *Legitimationsfunktion*. Die Konsequenz ist ein Umbau und Abbau des Sozialstaats. Überdies entwickelt der staatliche Apparat in einer solchen Situation einen vergrößerten Handlungsbedarf, der nur noch zu befriedigen ist, wenn auch die Institutionen des politischen Systems verändert und angepaßt werden, z. B. durch eine Stärkung der Exekutive. Die Widersprüchlichkeit von Demokratie und Kapitalismus spitzt sich bis zur politischen Krise zu: Die demokratischen Ansprüche lassen sich nur realisieren, wenn das Ziel Vollbeschäftigung aufgegeben wird. Oder Vollbeschäftigung wird zu realisieren versucht, dann aber unter Einschränkung demokratischer Strukturen.

3. Gleichzeitig verändern sich im Verlauf einer tiefen und langandauernden Kondratieff-Krise die sozialen Orientierungen und Werthaltungen. Es entsteht so etwas wie eine „Kultur der Krise“. Dies hat damit zu tun, daß sich die Lebensperspektiven nicht mehr vorwiegend (oder sogar ausschließlich) auf Arbeit und Produktion zentrieren, sondern auf das „Leben“ schlechthin. Wenn die Chancen, einen sinnvollen Arbeitsplatz zu erhalten, mit der Länge der „großen Krise“ schwinden, dann wird Arbeit nicht mehr den „Sinn des Lebens“ bestimmen können. Es entstehen neue Werthaltungen, die ihren sozialen und politischen Ausdruck in neuen sozialen Bewegungen finden. Das heißt, daß die Institutionen *Arbeit, Leistung, Markt* nicht mehr wie in der Vergangenheit Identität stiften und gesellschaftliche *Synthesis* erzeugen können.

4. Die in der Krise eingeführten technologischen Veränderungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses haben für die Arbeit gravierende Konsequenzen. Dies gilt nicht nur hinsichtlich der Qualifikation, der Arbeitsplatzssicherheit, der betrieblichen Lohnhierarchie oder der Kontrollmöglichkeit des einzelnen oder von Belegschaften über den Produktionsprozeß, sondern auch in bezug auf die Werthaltung der Arbeitenden. Der Horizont einer jenseits der kapitalistischen Strukturen gestalteten Arbeitswelt weitet sich. Diese Tendenz zeigt sich selbst in den Beschäftigungsprogrammen der Gewerkschaften in Westeuropa.

5. Gleichzeitig schließen sich die Schranken für das überkommene Politikmodell des Ensembles von *keynesianischem Interventionsstaat, Sozialstaatlichkeit und sozialer Demokratie*. Der Verlust der Vollbeschäftigung signalisiert, daß das Ziel keynesianischer Politik nicht mehr erreicht wird, daß das politische Versprechen der Sozialdemokratie nicht mehr eingelöst werden kann und daß die Existenzgrundlage des „Welfare State“ unterminiert wird. Die Bedingungen, unter denen

Vollbeschäftigung wiedergewonnen werden könnte, haben sich aber im Verlauf des langen Aufschwungs radikal verschlechtert: mit der Monopolisierung der Wirtschaft ist die Preisflexibilität verlorengegangen und daher können staatliche Interventionen nicht mehr ohne weiteres auf Mengeneffekte rechnen; die arbeitsplatzschaffende Wirkung von Investitionen hat abgenommen. Schließlich ergibt sich fatalerweise am Ende eines Kondratieff-Zyklus eine *Zunahme von Rationalisierungsinvestitionen* gegenüber Erweiterungsinvestitionen, so daß selbst dann, wenn Investitionen stimuliert werden könnten, ihr Beschäftigungseffekt eher negativ sein wird. Schließlich kann das Scheitern des keynesianischen Politikmodells auch aus seinem Erfolg erklärt werden. Beschleunigtes ökonomisches Wachstum ist gleichbedeutend mit Akkumulation von Kapital und damit einer ständigen Stärkung der Macht des Kapitals, die einer anderen Logik folgt, als sie dem Keynesianismus des Staates zugrunde liegt. Die politische Kontrolle der ökonomischen Entwicklung ist nur so lange möglich, wie den Staatsapparaten gegenüber den Kapitalen genügend Ressourcen zur Verfügung stehen. Reichen die Interventionsmittel des Staates nicht aus, dann kann die staatliche Kontrolle gleich die Marktkräfte freigeben und auf Interventionen gänzlich verzichten. Dies ist die Antwort auf die Probleme der Krise des Keynesianismus, wie sie von Monetaristen und Neoliberalen gegeben wird. Oder die bestehenden Eingriffsmedien werden so massenhaft aufgefüllt, daß die Richtung der Kapitalakkumulation politisch wirksam beeinflußt werden kann. Damit gerät aber ein Stützpfiler des Politikmodells, nämlich die soziale Demokratie, in Gefahr. In jeder Hinsicht stellt sich am Ende der 70er Jahre/zu Beginn der 80er Jahre heraus, daß ein *Politikmodell*, das die vergangenen Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg bestimmt hat, an eine Grenze geraten ist und daher grundsätzlich restrukturiert wird.

6. Strukturentfaltung, Strukturbruch und Restrukturierung haben auch eine internationale Dimension. Es ist kein Zufall, daß die große Krise sowohl 1929 mit dem Verfall der britischen, als auch 1971/73 mit dem Verfall der US-amerikanischen Hegemonie eingeleitet wird. Wenn sich mit den großen Krisen überhaupt deutlich sichtbar das Ende einer Epoche ankündigt, dann durch die spektakulären Machtverschiebungen auf dem Weltmarkt. Die „pax americana“ im Sinne einer ökonomischen, politischen, militärischen, kulturellen Hegemonie der USA hat ein Ende gefunden mit der Erosion der relativen Stärke der Ökonomie, die in erster Linie im Verfall der Währung zum Ausdruck kommt. Dieser Prozeß hat nicht nur eine formelle Seite, er ist auch materiell als eine tendenzielle *Umverteilung von Ressourcen* bedeutsam. Davon ist der Ressourcentransfer zu einigen der Erdöl produzierenden Länder nur ein Moment. Fast bedeutsamer sind die nationalstaatlichen Versuche, die materielle Ressourcenumverteilung mit monetären Mitteln zu vermeiden. Doch die Aufblähung des internationalen Kreditsystems vermag die Krisenprozesse nur hinauszuschieben, nicht deren Ablauf zu verhindern. Wie in der großen Krise der 30er Jahre kann es hier zu schweren Zusammenbrüchen kommen (vgl. dazu die weitsichtige Ana-

lyse von Karl Polanyi über den „Mechanismus der Weltwirtschaftskrise“, 1979)¹.

Zusammenbruch ist nicht die Restrukturierung, sondern die Einleitung dazu. Angesichts der angehäuften Krisenphänomene auf dem Weltmarkt wird dieser Prozeß noch lange dauern, und der Ausgang ist heute nicht prognostizierbar. Daß es sich heute um eine „große Krise“ im Sinne der Krise von Formen des Entwicklungsmodells handelt, wird nirgendwo so deutlich wie auf dem Weltmarkt. Hier sind tatsächlich die Formen zerbrochen, in denen die lange Prosperität sich entfalten konnte. Die vielfältigen Versuche, neue Formen zu entwickeln (internationales Kunstgeld, Regionalisierung des Währungssystems, flexible Kurse, moderate Formen des Protektionismus, z. B.), sind noch nicht zu einem stabilisierenden Abschluß gelangt. Ohne eine neue Hegemonie wird dies wohl kaum gelingen... Ein erneuter langfristiger Aufschwung wird möglich, wenn die Restrukturierung die Bedingungen von ökonomischer Akkumulation und gesellschaftlich-politischer Reproduktion verändert. Wenn aber die Bedeutung der Depression für die Entwicklung der kapitalistischen Weltgesellschaft, nämlich als Strukturbruch und Restrukturierung eingeschätzt wird, dann ist noch die Frage aufzuwerfen, ob nicht eine neue Entwicklungsphase des Kapitalismus eingeleitet wird, und ob daher nicht auf eine Theorie der „langen Wellen“ grundsätzlich zugunsten einer Theorie der Stadien oder Phasen kapitalistischer Entwicklung verzichtet werden kann.

5. „Lange Wellen“ oder Studien kapitalistischer Entwicklung?

Die Theoretiker der „langen Wellen“ begreifen Kapitalismus als ein historisch gewordenenes gesellschaftliches System mit einheitlichen Entwicklungsgesetzen, die auch die Wellenbewegung der ökonomischen Entwicklung generieren. Bei den Theoretikern von *Stadien* der Entwicklung hingegen herrscht in dieser Frage eine Unsicherheit vor, denn wenn der Kapitalismus in verschiedene Entwicklungsabschnitte (z. B. Konkurrenzkapitalismus, Monopolkapitalismus und staatsmonopolistischer Kapitalismus) eingeteilt wird, stellt sich notgedrungen das Problem, ob in den jeweilig aufeinanderfolgenden Stadien oder Phasen identische Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung wirksam sind oder ob jeweils neue Entwicklungslogiken zum Tragen kommen. In der marxistischen Theorie verweist dies auf die Frage, ob das „Wertgesetz“ aufgehört hat zu funktionieren oder nicht; ob es heute noch so gilt, wie von Marx analysiert, oder ob es modifiziert worden ist.

Wenn wir (vereinfachend wie im Schema 1) den Stadieneinteilungen nach unterschiedlichen Abgrenzungskriterien folgen, stellen wir fest: Die *Übergänge* vom einen zum andern Stadium der Entwicklung vollziehen sich jeweils in Perioden, in denen die Theoretiker der „langen Wellen“ eine *Depressionsphase* ausmachen: in den 20er bis 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts, nach 1873, dann wieder nach dem Ersten und nach dem Zweiten Weltkrieg. Dies ist natürlich ein sehr

grober Vergleich, der dennoch nicht des Reizes entbehrt. Während die „Wellen“-Theoretiker möglicherweise die Bedeutung der Strukturbrüche in der kapitalistischen Entwicklung unterschätzen, werden sie bei den Stadientheoretikern überschätzt . . .

Schema 1

Überblick über Stadien kapitalistischer Entwicklung – nach verschiedenen Kriterien eingeteilt –

Periode	I. Systeme der gesellschaftlichen Arbeitsteilung	II. Veränderungen in der Sphäre der Konkurrenz	III. Herrschaftsreich und Herrschaftsformen	IV. Entwicklungsdynamik des Kapitalismus
bis ca. 1820	Manufaktur	Konkurrenzkapitalismus, Konzentration und Zentralisation	Konkurrenzkapitalismus auf nationalen Märkten.	Aufstrebender Kapitalismus, sich ausbreitender Kapitalismus
ab ca. 1820	Große Industrie		Kolonialsystem	
ab ca. 1870		Monopolkapitalismus, Regierungsdefizite, die den Staatseingriff herausfordern	Imperialismus	Niedergangsperiode, Fäulnis
ab ca. 1920	Taylorismus, Fordismus, Keynesianismus			
ab ca. 1945		Staatsmonopolistischer Kapitalismus		Allgemeine Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus

Wenden wir uns der Logik von Übergängen bzw. Abgrenzungen der Entwicklungsphasen zu.

1. Marx unterscheidet bei der Darstellung der Produktion des relativen Mehrwerts zwischen der *Manufaktur* und der *großen Industrie* als historischen Entwicklungsphasen, die einer spezifischen Logik der Kapitalakkumulation folgen. Vordergründig unterscheiden sich die beiden Phasen durch die technologische Basis. Doch ist dieser Unterschied nicht der entscheidende Punkt. Dieser ist vielmehr die Veränderung in der Form der „reellen Subsumtion der Arbeit unter das Kapital“ (vgl. Marx, 1969). In der Manufaktur liegt die Grenze der Auspressung von relativem Mehrwert noch nicht in der im System der Produktionsmittel verobjektivierten Struktur des Kapitals, sondern beim *subjektiven Faktor* des Produktionsprozesses, also beim betrieblichen Gesamtarbeiter. Um die Mehrwertrate zu steigern, muß jedoch das Kapital die in den subjektiven Bedingungen der Arbeit enthaltene Begrenzung überwinden. Daraus resultiert nicht nur die ständige Tendenz, leben-

dige Arbeit durch tote Arbeit zu substituieren, also Produktionsmittel an die Stelle des lebendigen Arbeiters zu setzen und in diesem Zusammenhang die organische Kapitalzusammensetzung zu steigern, sondern auch das System der Arbeitsteilung von den Grenzen der subjektiven Bedingungen der Arbeit (Qualifikation, Leistungsfähigkeit, Bedürftigkeit des Arbeiters als Mensch) zu befreien und dem grenzenlosen Verwertungsprinzip des Kapitals zu unterordnen. Struktur der Arbeitsteilung, Arbeitstempo, Bedingung der Zeitstruktur werden nun mit dem Übergang zum Industriesystem in der in Produktionsmitteln inkorporierten *Kapitalstruktur* objektiviert. Das Kapital gewinnt *Kontrolle* über Arbeit und Zeit. Gleichzeitig wird die Gegensätzlichkeit von geistiger und körperlicher Arbeit weiter zugespitzt. Denn die Resultate der geistigen Arbeit, der Wissenschaft und Technik materialisieren sich in der Produktionstechnologie und werden so direkt zu Attributen des materialisierten Kapitals und damit Potenz des Klassengegners gegen die Arbeiter.

Wenn man diese Destillation der Entwicklungslogik durch Marx verlängert, dann läßt sich auch das System des *Taylorismus* interpretieren. Während in der Manufaktur Arbeitsteilung und Form der Arbeitsverausgabung noch in den subjektiven Bedingungen des Gesamtarbeiters begrenzt waren und in der großen Industrie diese Grenze durch Usurpation der Potenzen der Arbeitsteilung von seiten des Kapitals hinausgeschoben werden, stellt der Taylorismus die Vollendung dieses Prozesses dar, indem er die kollektive Arbeitsorganisation (wissenschaftliche Betriebsführung) und die individuelle Arbeitsverausgabung (Zeit- und Bewegungsstudien, Arbeitsnormierung) als Systeme entwickelt, durch die Wirkungsgrad von Produktionsmittel und Arbeit, also der toten und der lebendigen Arbeit, auf die *gleiche Dimension der Rationalität quantitativer Effizienz* reduziert und die Subjektivität des Arbeiters fast zum Verschwinden gebracht werden. (Daß dies immer nur partiell gelingen kann, da trotz aller Verwissenschaftlichungsversuche der Arbeit der Arbeiter/Mensch und damit rebellisches Individuum ist und bleibt, ist von Braverman (1974) herausgearbeitet und – in einem anderen theoretischen und politischen Kontext – von der operaistischen Theorie zu einer politischen Strategie und Taktik kondensiert worden.) In dieser, der Marxschen Logik folgenden Stadieneinteilung (vgl. Schema 2) stellt sich kapitalistische Entwicklung als Prozeß von aufeinanderfolgenden Systemen der reellen Subsumtion der Arbeit unter das Kapital dar. Wissenschaft, Technologie und Technik sind nur Mittel dieses Zwecks, die Verwertungsmöglichkeiten zu verbessern. Aber damit sie diesen Zweck erfüllen können, sind weitreichende Veränderungen der *sozialen Organisation von Arbeit* im kapitalistischen Betrieb und von *Lebensformen* außerhalb des Betriebs notwendig. Diese Veränderungen können sich nicht harmonisch und kontinuierlich wachsend vollziehen, sondern nur in der Form von konfliktreichen Strukturbrüchen. Dies ist von Gramsci mit dem Begriff des „*Fordismus*“ bezeichnet worden, der später von Aglietta (1979) und unspezifisch ausgeweitet von Hirsch und Roth (1980) übernommen

worden ist, um die das ganze Leben (von der Arbeit im Betrieb bis zur Sexualität) beeinflussenden tayloristisch-fordistischen Formen der Organisation der Arbeit und des Lebens begrifflich zu erfassen und die Konsequenzen für eine politische Strategie der Arbeiterbewegung abzuschätzen.

Schema 2

Systeme der gesellschaftlichen Arbeitsteilung

bestimmt durch die subjektiven Bedingungen des Produktionsprozesses, den Gesamtarbeiter („Logik des subjektiven Faktors des Produktionsprozesses“)

Übergang zur Bestimmung durch die objektive Struktur der Produktionsmittel, durch Trennung der Wissenschaft von der Arbeit und deren Inkorporierung ins Kapital („Logik des objektiven Faktors des Produktionsprozesses“)

Anpassung des subjektiven Faktors an die Bedingungen der objektiven Struktur der Produktionsmittel durch Verwissenschaftlichung der Arbeit (Subjektiver und objektiver Faktor gehorchen einer Logik)

Manufakturperiode

Große Industrie

Taylorismus, Fordismus

bis ca. 1820

bis ca. 1910

bis heute

In der marxistischen Theorietradition ist dieser von Marx vorgegebene Ansatz kaum weitergeführt worden. Wichtiger sind Stadieneinteilungen geworden, die sich auf die *Veränderung der Konkurrenz* der Kapitale untereinander beziehen. Die Grundidee ist einfach: Durch Konzentration und Zentralisation entstehen monopolistische Unternehmen, die sich als Einzelkapitale den ausgleichenden Zwangsgesetzen der Konkurrenz entziehen und mit ihrer ökonomischen Macht in der Lage sein können, die Ausgleichstendenzen zur Durchschnittsprofitrate zu unterlaufen, um sich einen Monopolprofit anzueignen. Da so die Wirkungsweise der Konkurrenz eingeschränkt oder gar aufgehoben wird, entstehen Regulierungsdefizite, die nun den *Staat* verstärkt als außerökonomische Potenz auf den Plan rufen. Da seine Regulierung der Erhaltung monopolistischer Strukturen dient, entwickelt sich der Kapitalismus zum staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Dieses erscheint in der Leninschen Tradition als gesellschaftliche Organisation des *Niedergangs des Kapitalismus*: Die Monopolisierung führe zu Stagnation und Fäulnis, die imperialistische Expansion zur Verschärfung internationaler Konflikte, ja zum Krieg. Der staatsmonopolistische Kapitalismus ist also Moment und Ausdrucksform der *Destabilisierung* des Systems, unlösbar mit der allgemeinen Krise des Kapitalismus verbunden. Man kann so weit gehen und behaupten, daß das Spezifikum des Stamokap – so unterschiedlich, ja kontrovers die

jeweiligen Theorien auch sein mögen – in seinem Charakter als Organisationsform der kapitalistischen Gesellschaft in ihrer „allgemeinen Krise“ gesehen wird.

Ganz anders die Theoretiker des organisierten Kapitalismus, die in der Regel in der Tradition der Sozialdemokratie stehen. Für sie ermöglicht Monopolisierung die Verflechtung von industriellem und Finanzkapital, die Organisation der Gesellschaft, die Beseitigung der Anarchie der Konkurrenz (so gleichlautend Hilferding 1927 innerhalb der zweiten und Bucharin 1926 innerhalb der dritten Internationale). Damit aber wird eine Zunahme an gesellschaftlicher Rationalität möglich (kritisch dazu äußert sich Otto Bauer 1931). Anstelle der Destabilisierung wird also die Möglichkeit einer durch staatliche Intervention (Renner 1917 spricht in diesem Kontext von der „Durchstaatlichung“ des Kapitalismus) zu erzeugenden *Stabilisierung* des Kapitalismus erblickt. Beide theoretischen Paradigmen haben keinen zufriedenstellenden Begriff von der strukturellen Krise. In der Stamokap-Theorie ist die Krise allgemein und fortdauernd; von Varga (1962) ist noch die „allgemeine Krise“ in mehrere Etappen unterteilt worden – ein offenbar absurdes Unterfangen. Dabei kommt nicht mehr ins Blickfeld, daß es die Funktion der Krise und der ihr nachfolgenden Depression ist, durch die Umstrukturierung der sozialen, politischen und ökonomischen Formen der bürgerlichen Hegemonie die Gefährdungszone der Krise zu überwinden. Marx sagt in den „Theorien über den Mehrwert“, daß es keine permanenten Krisen geben kann. Dies gilt auch für die „allgemeine Krise“, die entweder zu einem sinnentleerten Begriff wird, oder aber nicht „allgemein“ sein kann.

Die Annahme von der Stabilisierung ist allerdings ebenso problematisch, wenn auch aus anderen Gründen. Denn damit ist die Vorstellung verbunden, als ob der Staat als Regulierungsinstanz in der Lage sein, die Widersprüche des Kapitalismus weitgehend krisenfrei zu steuern. Keynesianische Politikkonzepte während der Prosperitätsperiode nach dem Zweiten Weltkrieg haben dieser Hoffnung Vorschub geleistet, so daß dann die Krise der 70er Jahre die Parteigänger dieser Theorie unvorbereitet und daher überraschend traf. Wir können eine Schlußfolgerung ziehen: Während die Destabilisierungsthese nicht die Funktion der Krise als Restrukturierungskrise zur Sicherung der Herrschaftsbedingungen des Kapitals erfassen kann und folglich zum Begriff der „allgemeinen Krise“ gelangt, bleibt der Stabilisierungsthese der Charakter der Krise als Strukturbruch verborgen. Tatsächlich aber ist die Krise eine doppelte: Zuspitzung von Widersprüchen im Verlauf des Booms (Strukturbruch) und in der Phase der Depression Prozeß der Restrukturierung.

Sicherlich ist nicht jede Krise im Verlauf der Kapitalakkumulation in diesem dramatischen Sinn „Strukturbruch“. Jedoch treibt die Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Produktionsweise offenbar über längere Perioden (40 bis 60 Jahre) auf eine Zuspitzung zu, die nur durch eine besonders tiefe, umfassende und langandauernde Krise und Depression reduziert werden kann. Strukturbruch bezieht sich noch auf

die *vergangene Periode*, auf die Zuspitzung der Widersprüche; der Begriff der Restrukturierung deutet auf die *Perspektive* einer auch innerhalb des Kapitalismus radikalen Umwälzung der Herrschaftsformen. Diese betrifft alle Seiten der Hegemonie. Es wäre töricht, lediglich auf neue Technologien und einen Innovationsschub zu hoffen und davon die Beendigung der Depression zu erwarten. Der Rekurs auf die Marxsche Position in dieser Frage sollte deutlich gemacht haben, daß die Technologie immer Auswirkungen auf die Arbeitsorganisation, auf das Verhältnis der Klassen und auf die Struktur der gesellschaftlichen Konflikte hat. Damit sind wir aber bei einem wichtigen Punkt: Die Prozesse der Restrukturierung geben *nicht konfliktfrei* vonstatten (z. B. ökonomisch durch Bankrotte, durch Verlust von Arbeitsplatz usw.), die Obsoleszens von Werten und handlungsleitenden Vorstellungen schließt den Rückgang des Einflusses von bislang starken politischen Projekten und deren Trägern ein. Im internationalen Bereich ist damit der Verfall von ökonomischen und politischen Hegemonialpositionen verbunden und es ist kaum anzunehmen, daß diese widerstandslos hingenommen wird. Es besteht daher immer die Gefahr, daß scharfe Strukturbrüche schwere soziale Konflikte und möglicherweise sogar kriegsartige Auseinandersetzungen provozieren.

Gleichgültig ob wir uns im theoretischen Kontext der „langen Wellen“ oder der „Stadien“ bewegen – wir sind immer auf die zentrale Bedeutung der Krisen und Depressionen verwiesen. Sie sind, wie Marx sagte, „Knotenpunkte“ der Entwicklung, und von daher sind die möglichen Tendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung aufzuschlüsseln.

6. Bedingungen für einen Aufschwung in den 80er Jahren.

Aufgrund der bisherigen Ausführungen können wir zusammenfassend den Versuch machen, die Bedingungen für einen möglichen Übergang aus der gegenwärtigen Depression in einen langen Aufschwung und nicht nur eine kurzfristige konjunkturelle Erholung herauszuarbeiten². Im Prozeß der Restrukturierung verändern sich – wie wir gesehen haben – die technischen, sozialen, ökonomischen und politischen Verhältnisse; es muß eine neue Balance gesellschaftlicher Widersprüche gefunden werden, da nur so eine Hebung der Profitrate und damit eine Ankurbelung der Akkumulation stattfinden und die politische Herrschaft des Kapitals reorganisiert werden kann. Es ist typisch für jede Krise und die darauf folgende Depression, daß sich die Politik zunächst darauf konzentriert, Bedingungen für die *Funktionsfähigkeit der Ökonomie* (also für Profit und Akkumulation) herzustellen. Das in der gegenwärtigen Phase verwendete Mittel zu diesem Zweck besteht darin, die ökonomische Dynamik der Marktkräfte freizusetzen und deren „Sachzwänge“ in Richtung einer Anpassung an die Verwertungserfordernisse spielen zu lassen. Die Politik des Staates zieht sich folglich auf *ökonomische Sachzwänge* zurück und bedient sich ihrer als

eines *politischen Projekts*. Dies ist der Hintersinn der neoliberalen Konzepte und Ideologien, die gerade in der gegenwärtigen Depression Bedeutung erlangen (vgl. Müller-Plantenberg 1981, Altvater 1981a). Sie akzeptieren die Kompromißstrukturen der vorangegangenen Expansionsphase nicht mehr; sie setzen auf die Zwänge des anonymen Marktes und zugleich auf dessen legitimierende Kraft, um günstigere Voraussetzungen für neue Kompromisse zu erzwingen. Es ist klar, daß der Prozeß von Anpassungszwängen und Restrukturierung irgendwann einmal zu einem Abschluß kommen muß; die Restrukturierung muß in der Herstellung eines neuen Kräftegleichgewichts, in einem neuen Basiskonsens der Klassengesellschaft resultieren, soll sie eine längerfristige Expansion einleiten. Wenn es nicht möglich sein sollte, den Konsens im Gang der Akkumulationserfordernisse zu gewährleisten, dann wird er durch Repression seitens der (repressiven) staatlichen Institutionen forciert werden. Auch wenn dies immer eine Rolle spielt, da die Restrukturierung von Ökonomie, Gesellschaft, Politik und Ideologie zwar zusammenhängend, aber ungleichzeitig im nationalen Rahmen und ungleichmäßig auf dem Weltmarkt erfolgt, kann auch Repression auf einen Minimalkonsens nicht verzichten.

So betrachtet, sind *neue Technologien* keine zureichenden Bedingungen für eine neue „lange Welle mit expansiver Tonalität“ (Mandel). Doch neue Technologien sind sicherlich notwendig für die Überwindung der Depression. Von dieser Bedingung her dürften allerdings in den nächsten zwei Jahrzehnten keine Probleme entstehen: Die Anwendungsgebiete der Mikroelektronik sind noch keineswegs insgesamt erschlossen; die Einführung der neuen Medien steckt erst in den Anfängen und kann einen ungeheuren Boom möglicherweise tragen³; auch im nuklear-technologischen Bereich, in den Solar- und Videotechnologien sind noch unerschlossene Reserven enthalten, die in den nächsten Jahrzehnten zum Tragen kommen können. Neue Technologien sind also im „Wartestand“. Ihre ökonomische Implementierung und daher ihr Wirksamwerden für einen neuen Kondratieff-Aufschwung ist jedoch von den folgenden ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Bedingungen abhängig:

1. Es scheint so, als ob in der ersten Hälfte der 80er Jahre die Industrien, die Zentrum des vorangegangenen Aufschwungs waren, nämlich die Automobilindustrie mit den nachgelagerten Zweigen, den Versuch machen, durch einen mit gewaltigen Rationalisierungsinvestitionen ausgetragenen weltweiten Konkurrenzkampf das Überleben zu sichern. Aber sicher ist nur eines, daß nämlich die Märkte für Automobile nicht mehr wesentlich expandieren können und daher als Resultat der Investitionsanstrengungen der Zusammenbruch einzelner Unternehmen und eine Produktionsanpassung an geschrumpfte Märkte stattfinden werden. Wir haben hier ein Beispiel für ein technologisches Patt. Es zeichnet sich dadurch aus, daß Erweiterungsinvestitionen in neuen Märkten noch zu wenig, hingegen Rationalisierungsinvestitionen in Industrien der „alten Märkte“ en masse stattfinden, um komparative Kostenvorteile zu erzielen. Dieses Beispiel ist gleichzeitig ein Indiz

dafür, daß die Restrukturierung in der gegenwärtigen Depression noch zu keinem ökonomischen Abschluß gelangt ist. Dieser wird erst dann erreicht sein, wenn die Erweiterungsinvestitionen der neuen Industrien die Rationalisierungsinvestitionen überwiegen. Rationalisierungsinvestitionen sind Kampfinvestitionen zur Verteidigung von Marktanteilen und nicht zur Erschließung neuer Märkte. Dieses Verhältnis dürfte sich in den kommenden Jahren verändern. Allerdings darf dabei die regionale Komponente nicht übersehen werden. Rationalisierungsinvestitionen in traditionellen Industrien sind gleichzeitig (möglicherweise erfolgreiche) Erhaltungsinvestitionen für traditionell gewachsene Industrieregionen. Erweiterungsinvestitionen in neuen Industrien hingegen erfolgen zumeist auch in neuen weltwirtschaftlichen Regionen⁴.

2. Bei technologischen Innovationen und deren produktionswirksamer Umsetzung kommt es nicht nur auf die stoffliche Dimension, sondern vor allem auf die *wertmäßigen Bedingungen* für ihre profitable Verwendung an. Aus der bloßen Existenz von Innovationen ergibt sich aber noch längst nicht deren profitable Verwendbarkeit, ebensowenig wie aus den potentiellen Märkten, die sie zu eröffnen vermögen. Um ihre profitable Verwendbarkeit herzustellen, werden die sozialen Beziehungen von Lohnarbeit und Kapital, also das Distributionsverhältnis von Lohn und Profit, sowie die Arbeitsbedingungen (Produktivität und Intensität der Arbeit, Qualifikation, Kontrollmechanismen) angepaßt. Auch dieser Prozeß impliziert die Herstellung von Balancen, wie es beispielsweise in der Bundesrepublik mit dem Humanisierungsprogramm – allerdings wenig erfolgreich – versucht wird. Auch wird in der Regel eine staatliche Politik der Technologieförderung durchgeführt, um den Unternehmen die Kostenbelastung bei Einführung neuer Technologien zu reduzieren und die soziale Absicherung von neuen Technologien zu ermöglichen (vgl. dazu OECD 1981). Auch wenn von neoliberaler Seite die „Deregulierung“, also die Rücknahme staatlicher Auflagen bei der Produktion, verlangt wird, läßt sich zum Zwecke der Technologieimplementierung in der Regel der absichernde staatliche Eingriff gar nicht umgehen.

3. Die nächste Bedingung für einen erneuten Aufschwung ist dessen *Finanzierbarkeit*, d. h. das Vorhandensein von investierbaren Fonds für die Erweiterungsinvestitionen in neuen Industrien. Diese Bedingung stellt zumindest gegenwärtig das geringste Problem dar, ist doch die Liquidität auf den Kreditmärkten außerordentlich groß. Allerdings sind dank der restriktiven Politiken einiger Regierungen auch die Zinsen sehr hoch. Zudem werden liquide Mittel zur Finanzierung von Zahlungsbilanzdefiziten benötigt. Diese Defizite sind ja nur der Ausdruck von einseitigen Schuldnerbeziehungen, die nicht nur Liquidität aufsaugen, sondern auch das System des internationalen und nationalen Kredits destabilisieren. Es könnte der Fall eintreten, daß zu einem Zeitpunkt, an dem liquide Mittel zur Finanzierung eines neuen Booms notwendig werden, diese aufgrund einer internationalen Kreditkrise nicht mehr zur Verfügung stehen. Die politische Bewältigung der Krisentendenzen im internationalen Kreditsystem dürfte eine nicht

unwichtige Bedingung dafür sein, daß es überhaupt zu einem erneuten langfristigen Aufschwung in den 80er Jahren kommen kann.

4. Ich habe gezeigt, daß die gebündelt auftretenden Investitionen zu Beginn eines Kondratieff-Aufschwungs nicht nur von der monetär wertmäßigen Seite, sondern auch von der stofflichen Seite der Ressourcen her betrachtet werden müssen. Und hier ergeben sich tatsächlich Grenzen, die mit den Krisenerscheinungen der Rationalität zu tun haben (vgl. Abschnitt 2 dieses Beitrags). Ein Investitionsboom zur Beschleunigung des Wachstums würde in bereits hochentwickelten Gesellschaften auf Schranken der *natürlichen Ressourcen* treffen. Dies ist bei Produktion als – wie Marx es ausdrückte – „Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur“ immer der Fall. Die Grenzen der inneren und äußeren Natur sind in der Natur quasi „objektiv“ gegeben. Das Neue der gegenwärtigen Entwicklungsphase besteht allerdings darin, daß diese Schranken in den „neuen sozialen Bewegungen“ eine politische Artikulation gefunden haben. Gegen eine Wachstumspolitik, die keine Rücksicht auf natürliche Ressourcen nimmt, entsteht politischer Widerstand. In den USA mit einer außerordentlich schwachen linken Bewegung mag es möglich sein, eine angebotsorientierte Politik und Deregulierung, d. h. den Abbau von Umweltschutzauflagen, durchzusetzen. In Europa jedoch kann heute keine Politik der Wachstumsankurbelung gegen Minimalstandards der ökologischen Sinnhaftigkeit durchgeführt werden. Die Grenzen des Quantitativismus, die sich als politischer Widerstand manifestieren, sind heute noch Grenzen für einen neuen Kondratieff-Boom. Diese Grenzen können sicherlich auch innerhalb des Kapitalismus überwunden werden; ihre politischen Manifestationen sind mit politischen Mitteln zu kujonieren, doch werden die Probleme dieser Grenzen damit allenfalls verdrängt, nicht aber gelöst.

5. Die neuen Technologien haben nicht nur soziale Begleiterscheinungen und Konsequenzen, deren politische Auswirkungen nicht im Sinne eines Gleichgewichts in das System ohne Schwierigkeit integriert werden können, sie sind auch an soziale Voraussetzungen gebunden. Eine davon, nämlich die Existenz einer Schicht dynamischer Unternehmer für die Realisierung von Innovationen, dürfte in den „westlichen“ Gesellschaften kein Problem darstellen. Doch ist es nicht von vornherein sicher, daß die von den neuen Technologien betroffenen Teile der Arbeiterklasse im Produktionsprozeß und die neuen sozialen Bewegungen diese konfliktfrei akzeptieren und vor allem, ob das *politische System* die Kapazität entwickelt, die entstehenden Konflikte im Sinne der Reorganisation der Herrschaft durch die Wiederherstellung eines „neu zusammengesetzten“ Basiskonsenses zu verarbeiten. Um die Folgen von Rationalisierungen (also die Auswirkungen des Strukturbruchs und der Restrukturierung) aufzufangen, ist der Versuch gemacht worden, die Repräsentanten des Kapitals und der Arbeiter zusammen mit staatlichen Institutionen in der Form eines Krisenkartells zusammenzubringen und monetäre Entgelte, z. B. für den Arbeitsplatzverlust (Sozialpläne), auszuhandeln. In einigen Fällen hat dies in

der Bundesrepublik relativ konfliktfrei funktioniert (Beispiel: Saarländische Stahlindustrie), dürfte aber als allgemeines Modell der sozialen Absicherung neuer Technologien, die Arbeitsplätze vernichten, schon deshalb nicht in Frage kommen, weil es, in monetären Quantitäten gemessen, zu kostspielig ist. Diesem korporativen Modell wird nicht zuletzt aus diesem Grunde das neoliberale Modell entgegengesetzt, das die sozialen Beziehungen der Anpassung an neue Produktionsbedingungen über den Markt geregelt wissen will und für die Absicherung der einkalkulierten Konflikte eher auf den staatlichen Repressionsapparat zur Sicherung der „Ordnung“ setzt. Es könnte sich herausstellen, daß beide Politikmodelle gegenüber einer verstärkten staatlichen Regulierung der Investitionen wenig aussichtsreich sind.

6. Infolge der Ungleichmäßigkeit von Produktivitätswachstum auf dem Weltmarkt verschieben sich die Konkurrenzpositionen der einzelnen Länder. Der lange Aufschwung seit den 40er Jahren hat auch mit der hegemonialen Stellung der USA auf dem Weltmarkt und in der Weltpolitik („pax americana“) zu tun gehabt. Seit den 70er Jahren ist es offensichtlich, daß die USA diese Position nicht mehr haben. Doch an die Stelle der US-amerikanischen Hegemonie kann kein anderer kapitalistischer Nationalstaat treten, ganz zu schweigen von dem durch innere Konflikte außerordentlich geschwächten „sozialistischen Lager“ mit der Führungsmacht Sowjetunion. So streben die USA danach, die führende Rolle in der Weltwirtschaft wiederzuerlangen: in der Ökonomie, vor allem aber durch eine gewaltige militärische Überlegenheit. Die Militärmacht wird als Schutzschild für die marktwirtschaftlichen Ausleseprozesse und für die ökonomische und politisch-soziale Restrukturierung zur Wiedergewinnung der gefährdeten Hegemonie eingesetzt. Es besteht die Gefahr, daß die Restrukturierung als Destruktion mit militärischen Mitteln beschleunigt wird. Bei der heutigen Technologie der Kriegsführung ein für die Menschheit lebensbedrohliches Abenteuer . . .

Krise und Depression als Strukturbruch und Restrukturierung sind also noch nicht zu einem Abschluß gekommen. Von der technologischen Seite sind Bedingungen für einen neuen langen Aufschwung gegeben, jedoch sind weder die ökonomischen Widersprüche „bereinigt“ noch die sozialen und politischen Voraussetzungen für ein „bunching of investment“ gegeben. Konjunkturrell mag es auch in den 80er Jahren wieder kurzfristig aufwärts gehen, aber es wird damit weder eine neue lange Welle mit expansivem Grundton eingeleitet, noch findet ein Übergang in ein neues Stadium kapitalistischer Entwicklung statt. Kennzeichen der kommenden Jahre wird vielmehr trotz möglicher konjunktureller Erholung eine Zuspitzung der Widersprüche der Depression sein.

Anmerkungen

- 1 Die internationale Verschuldung hat inzwischen eklatante Maße erreicht. Unproblematisch wäre diese, würden sich Schulden und Forderungen wechselseitig einigermaßen saldieren lassen. Dies ist jedoch nicht der Fall. Die einseitigen Schulden stellen nichts anderes als aufgeschobene Zahlungsverpflichtungen dar, die irgendwann einmal eingelöst werden müssen. Bislang sind diese Verpflichtungen von vielen Ländern durch Neuverschuldung hinausgeschoben worden, sogar bis zu der finanztechnischen absurden Zuspitzung, daß in einigen Fällen (Chile, Brasilien) sogar die Zinsen auf Altschulden durch Neuverschuldung finanziert werden. Die Einlösung der Zahlungsverpflichtungen kann nur durch Ressourcentransfer – z. B. Importprotektionismus und Exportoffensive – erreicht werden. Diese Strategie würde – wie schon zu Beginn der dreißiger Jahre – zu einer Desintegration des Weltmarkts mit krisenverschärfenden Konsequenzen führen. Polanyi schließt seine Analyse der Weltwirtschaftskrise vor 50 Jahren: „... Es bleibt den Schuldnerstaaten nichts übrig, als in Waren zu zahlen. Seit 1928/29 beginnen sie ihre Ausfuhr zu forcieren. Aus Europa wie aus den überseeischen Rohstoffländern strömen die um jeden Preis einen Abnehmer suchenden Waren auf den Weltmarkt. Die Tendenzen zum allgemeinen Preissturz setzen sich 1929 durch, die Weltwirtschaftskrise steht vor dem Tor. Es kommt zur Kreditkrise 1931, zur Abschnürung des Welthandels 1932, zur allgemeinen Währungskrise 1933. Die räumliche und zeitliche Verschiebung des Weltwirtschaftsdefizits hat ihren Kreislauf vollendet. Die Inflationen haben das soziale Gefüge vielleicht gerettet, aber die Qualen des Heilungsprozesses nur verlängert, ohne sie der Menschheit ersparen zu können.“ (Polanyi 1979, S. 80) Nichts wiederholt sich in der Geschichte, und folglich werden die Krisenabläufe in den 80er Jahren eine andere Gestalt und Reihenfolge haben. Doch die Strukturen der Weltwirtschaft sind 50 Jahre nach der Krise der 30er Jahre ähnlich. Daher sind die Ausführungen Polanyis ein Memento crisis!
- 2 Nach dem konjunkturellen Tief von 1974–1976 folgte 1978–1980 ein neuer Aufschwung, der viele dazu verleitet hat, die Krise nach dem „Ölschock“ als eine „normale“ Konjunkturkrise zu begreifen. Diese Einschätzung war gerade innerhalb der westeuropäischen Gewerkschaftsbewegung verbreitet. Die Strategien der Krisenüberwindung haben sich folglich lange Zeit auf traditionelle antizyklische Maßnahmen gestützt. Erst spät wird eingesehen, daß es nicht möglich ist, strukturellen Problemen mit konjunkturellen Maßnahmen zu begegnen. Jedenfalls ist es wichtig, daß die Depression (als Phase der Restrukturierung) von konjunkturellen Zyklen der kurzen und mittleren Frist überlagert sein kann.
- 3 Diese Technologie hat noch nicht voll absehbare Konsequenzen für gesellschaftliche Kommunikation, deren Steuerung und Kontrolle, für die Erzeugung, Reproduktion und Diffusion von Wissen, die Konzentration und Filtrierung von Informationen, für den Ablauf von Sozialisationsprozessen und die Formen von Partizipation und Herrschaft. Hierzu vgl. die Studie von Nora und Minc (1978) und in der Bundesrepublik die Arbeiten von Wilhelm Steinmüller. Ich möchte hier einen anderen Aspekt hervorheben. Wenn man kalkuliert, daß ganze Länder verkabelt werden müssen oder/und ein System von Satelliten in den Weltraum geschossen werden muß, und daß jeder Haushalt für Terminal und andere Geräte mehrere tausend Dollar aufwenden muß, um in den „Genuß“ der Leistungen des Systems zu gelangen, dann kann jeder sich leicht eine Vorstellung von der Größe des Marktes machen, der hier erschlossen werden kann. Ein darauf gestützter Boom könnte größere Ausmaße annehmen als der Autoboom der 50er und 60er Jahre, der den Kondratieff-Aufschwung der vergangenen langen Welle wesentlich getragen hat. Allerdings ist die Euphorie mancher Repräsentanten dieser neuen Technologien unangebracht. Denn die Nachfrage müßte in Form von Einkommen produziert werden. Die gleiche Technologie, die einen neuen Markt eröffnet, macht die Arbeitskraft in der Produktion in ebenso großen Ausmaßen überflüssig. Es ist zu erkennen, daß der neue Aufschwung von neuer Technologie allein gar nicht getragen werden kann. Aus Maßnahmen wie Arbeitszeitverkürzung bei Lohnausgleich kann schlechterdings nicht verzichtet werden. Das Problem ist nur, wie das System der Mehrwertproduktion diese Entwicklung verkraften soll.
- 4 Ein Beispiel dafür ist die Verschiebung der industriellen Achse in den USA vom „de-

industrialisierten“ frost-belt des Nordostens in den „re-industrialisierten“ sun-belt des Südwestens. Ähnliche De-Industrialisierungstendenzen lassen sich in vielen anderen Ländern mit traditionellen Industrien ebenfalls beobachten. Die Dramatik und manchmal sogar die Tragik dieser Verschiebungen ergibt sich aus der identitätsstiftenden Bedeutung von regionalen Lebenszusammenhängen für die dort lebenden und arbeitenden Menschen. Die Destruktion in der Depressionsphase „entwurzelt“ also, die Restrukturierung muß – im Sinne der Wiederherstellung einer Balance – zu neuen Verwurzelungen führen.

Literatur

- Aglietta, Michel (1979), *A Theory of Capitalist Regulation. The US Experience*, London 1979
- Altwater, Elmar (1969), *Gesellschaftliche Produktion und ökonomische Rationalität*, Frankfurt/Wien 1969
- Altwater, Elmar/Hoffmann, Jürgen/Semmler, Willi (1979), *Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise*, Berlin (West) 1979
- Altwater, Elmar (1981a), *Der gar nicht diskrete Charme der neoliberalen Konterrevolution*, in: *Prokla* 44, Berlin 1981
- Altwater, Elmar (1981b), *La crisi del 1929 e il dibattito marxista sulla teoria della crisi*, in: *Storia del Marxismo*, Vol. III, 2., Torino 1981
- Altwater, Elmar (1982a), *Umbau oder Abbau des Sozialstaats?* in: *PROKLA*
- Barr, Kenneth (1979), *Long Waves: A Selective Annotated Bibliography*, in: *Review*, Vol. II, No. 4, Spring 1979
- Bauer, Otto (1931), *Kapitalismus und Sozialismus nach dem Weltkrieg*, Erster Band: *Rationalisierung, Fehlrationalisierung*, Berlin 1931
- Bravermann, Harry (1974), *Labour and Monopoly Capital*, New York, London 1974
- Bucharin, Nikolai (1926), *Der Imperialismus und die Akkumulation des Kapitals*, Wien und Berlin 1926
- Dupriez, Léon H. (1978), 1974, *A Downturn of the Long Wave?*, in: *Banco Nazionale del Lavoro Quarterly Review*, No. 126, Sept. 1978
- Castells, Manuel (1980), *The Economic Crisis and American Society*, Princeton 1980
- Economic Report of the President (1980), Washington D. C. 1980
- Eppler, Erhard (1981), *Wege aus der Gefahr*, Reinbek 1981
- Forrester, J. W. (1977), *Growth Cycles*, in: *The Economist*, 129 (1977)
- Gintis, Herbert/Bowles, Samuel (1980), *Socialist Political Theory and the Critique of Liberal Democracy*; (Mimeo), Amherst (Mass) 1980 abgedruckt in: *Stato e Mercato*, No. 1, April 1981
- Glismann, Hans H./Rodemer, Horst/Wolter, Frank (1978), *Zur Natur der Wachstumsschwäche in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Kieler Diskussionsbeiträge* NR. 55, Kiel 1978
- Gordon, David M. (1980), *Stages of Accumulation and Long Economic Cycles*, in: Terence K. Hopkins and Immanuel Wallerstein, *Process of the World-System*, Vol. 3, Beverly Hills, London 1980
- Hill, T. P. (1979), *Profits and Rates of Return* (OECD), Paris 1979.
- Inglehart, R. (1977), *The Silent Revolution*, Princeton 1977
- Itoh, Makoto (1980), *Value and Crisis: Essays on Marxian Economics in Japan*; New York, London 1980
- Jänicke, Martin (1979), *Wie das Industriesystem von seinen Mißständen profitiert*, Opladen 1979
- Jánossy, Franz (1968), *Das Ende der Wirtschaftswunder-Erscheinung und Wesen der wirtschaftlichen Entwicklung*, Frankfurt/Main 1968
- Kahn, A. A. (1966), *The Tyranny of Small Decisions: Market Failure, Imperfections, and the Limits of Economics*, in: *Kyklos*, BD. IXI, Fasc. 1, 1966
- Kaldor, N. (1966), *Causes of the Slow Rate of Economic Growth of the United Kingdom*, Cambridge 1966

- Kalecki, Michal (1943), Political Aspects of Full Employment, in: E. K. Hunt, Jesse G. Schwartz (eds.) *A Critique of Economic Theory*, Harmondsworth 1972
- Kapp, K. William (1958), *Volkswirtschaftliche Kosten der Privatwirtschaft*, Tübingen-Zürich 1958
- Kleinknecht, Alfred (1980), Überlegungen zur Renaissance der „langen Wellen“ der Konjunktur („Kondratieff-Zyklus“), in: Wilhelm M. Schröder und Reinhard Spree, *Historische Konjunkturforschung*, Stuttgart 1980
- Kondratieff, N. D. (1972), Die langen Wellen der Konjunktur, Wiederabdruck in: Prinkipo, *Die langen Wellen der Konjunktur*, Berlin 1972
- Mandel, Ernest (1972), *Der Spätkapitalismus*, Frankfurt/Main 1972
- Mandel, Ernest (1980), *Long Waves of Capitalist Development – The Marxist Interpretation*, Cambridge, Paris 1980
- Marx, Karl, *Das Kapital*, Bd. I–III, MEW Bd. 23–25
- Marx, Karl (1969), *Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses*, Frankfurt 1969
- Mensch, Gerhard (1977), *Das technologische Patt. Innovationen überwinden die Depression*, Frankfurt/M., 1977
- Mensch, Gerhard/Schnopp, Reinhard (1980), Stalemate in Technology, 1925–1935: The later play of Stagnation and Innovation, in: Wilhelm H. Schröder und Reinhard Spree (ed.), *Historische Konjunkturforschung*, Stuttgart 1980
- Müller-Plantenburg, Urs (1981), Die mögliche historische, politische Bedeutung der dritten großen Depression, in: *Prokla* 44, 1981
- Nora, Simon/Minc, Alain (1978), *L'informalisation de la société*; Paris 1978
- OECD-Report (1981), *Die Zukunftschancen der Industrienationen (Technical Change and Economic Policy)*, Frankfurt/Main 1981
- Polanyi, Karl (1979), *Ökonomie und Gesellschaft*, Frankfurt/Main 1979
- Prager, Theodor (1963), *Wirtschaftswunder oder keines?*, Wien 1963
- Przeworski, Adam (1980), Material Basis of Consent: Economics and Politics in a Hegemonic System, in: *Political Power and Social Theory*, Vol. I, 1980
- Renner, Karl (1917), *Marxismus, Krieg und Internationale*, Stuttgart 1917
- Rostow, Walt W. (1978a), *The World Economy: History and Prospect*, Austin and London 1978
- Rostow, Walt W. (1978b), *Getting from Here to There: America's Future in the World Economy*, New York 1978
- Salvati, Michele (1981), *Ciclo Politico e Onde Lunghi. Note ad Kalecki e Phelps Brown*, in: *Stato e Mercato*, Anno I, April 1981
- Schumpeter, Joseph A. (1961), *Konjunkturzyklen*, 2 Bände, Göttingen 1961
- Sohn-Rethel, Alfred (1970), *Geistige und körperliche Arbeit. Zur Theorie der gesellschaftlichen Synthesis*, Frankfurt/Main 1970
- Spree, Reinhard (1980), Was kommt nach den „langen Wellen“ der Konjunktur?, in: Wilhelm H. Schröder und Reinhard Spree (Hrsg.), *Historische Konjunkturforschung*, Stuttgart 1980
- Thompson, Edward P. (1981), „Exterminismus“ als letztes Stadium der Zivilisation, in: *Befreiung*, No. 19120, Berlin 1981, zuerst in *New Left Review* No. 121 (1980)
- Thurow, Lester C. (1980), *The Zero-Sum Society*, Harmondsworth-New York 1980
- Varga, Eugen (1962), *Der Kapitalismus des 20. Jahrhunderts*, Berlin 1962
- Varga, Eugen (1969), *Die Krise des Kapitalismus und ihre politischen Folgen* (hrsg. von E. Altwater), Frankfurt und Wien 1969
- Wallerstein, Immanuel (1979), Kondratieff Up – Kondratieff Down, in: *Review*, Vol. II, 4, Spring 1979